

Zum 40. Jahrestag des Briefwechsels

Wenn ich an Deutschland und Polen denke ...

Wenn ich an das deutsch-polnische Verhältnis denke, dann geht meine Erinnerung oft in das Rom des zu Ende gehenden Konzils. Im Oktober 1965 fuhr ich in die italienische Hauptstadt. Zweck der Reise war es, Stefan Kardinal Wyszyński mein Exposé einer Sammlung seiner Predigten vorzulegen. Im Laufe eines Gesprächs äußerte die Vertraute des Primas – Maria Winowska –, es könnte für mich interessant sein, den ebenfalls in Rom weilenden Erzbischof Bolesław Kominek (Wrocław/Breslau) aufzusuchen.

Der Bischof nahm mich mit schlichter Herzlichkeit auf. Nach einigen persönlichen Fragen gingen wir gleich *in medias res*: auf das heikle Gebiet der polnisch-deutschen Beziehungen. Man sah Kominek an, dass er sich von der Euphorie des Konzils hatte anstecken lassen. Aber er schien sich nicht nur von Gefühlen leiten zu lassen, sondern er wusste um die Schwierigkeiten dieses Themas. Sehr erfreut äußerte er sich über die Ost-Denkschrift, die kurz zuvor die Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlicht hatte. Er beklagte, dass bisher die Beziehungen zur evangelischen Kirche in Deutschland zu dürftig seien. Als Beleg fügte er an, dass er noch immer nicht über einen vollständigen Wortlaut der Denkschrift verfüge.

Nach einiger Zeit schob er mir einen Text zu. Bei der nächsten Begegnung sollten wir darüber sprechen. Einige Tage später war ich wieder bei ihm. Er sagte nicht genau, wofür dieser Text vorgesehen sei. Ich äußerte meine Ansicht zu einigen Punkten. Wir waren beide der Meinung, dass es nicht nur um die Bewältigung der oft schmerzlichen Vergangenheit gehe. Diese böte genug Zündstoff. Das eigentliche „heiße Eisen“ sei natürlich die Grenzfrage. Kominek vertrat die Auffassung, wir müssten trotz aller Schwierigkeiten die heißen Eisen anfassen, so schwer das auch falle. Wir dürften diese Dinge nicht liegenlassen, denn sie lösten sich nicht von selbst.

Wolfgang Grycz, Slawist, ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

Auch wenn ich nicht wissen konnte, welcher historischen Stellenwert dieser Text einmal haben werde, dachte ich in diesen römischen Tagen viel darüber nach. Ich erinnerte mich an meine Erlebnisse im besetzten Polen, wo das Nazi-Regime eine menschenverachtende Politik gegenüber den Polen betrieb. Sie wurden gedemütigt, schikaniert, deklassiert, vertrieben, ermordet.

Und meine Erinnerung ging natürlich weiter: in die Jahre 1945 und 1946, als ich das Elend der deutschen Vertriebenen an der Oder sah. Ich habe diese beiden Tragödien – die der Polen in der Besatzungszeit und die der deutschen Vertriebenen unmittelbar nach dem Krieg – stets in dem wachen Bewusstsein verknüpft, wer die Ersttäter waren.

Am 1. September 1959 war ich zu einem Slawistentreffen nach Warschau gekommen. Erst im Zuge machte ich mir klar, was für ein Jahrestag das war. Genau 20 Jahre zuvor waren Truppen des nationalsozialistischen Deutschlands in Polen eingefallen. Überall in Warschau kündeten Transparente von diesem Unrecht. Eine auf Versöhnung zielende Ansprache des damaligen deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer war brüsk zurückgewiesen worden.

In diese grundsätzlich vergiftete Atmosphäre kam im Herbst 1965 die Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder im Bischofsamt. Sie war ein Ereignis, das Geschichte machte.

Reaktionen in Deutschland und Polen

Im Westen Deutschlands wurde sie allgemein begrüßt. Auch die Vertriebenen und ihre Politiker sahen positive Aspekte dieser Botschaft. Von nicht wenigen Deutschen wurde aber in Zweifel gezogen, dass die polnischen Autoren es wirklich ernst meinten mit der Vergebung und der Bitte um Vergebung. Mehrfach wurden spätere Erklärungen polnischer Kirchenmänner benutzt, um den Wert der Botschaft abzuschwächen.

Es gab die interpretierenden Äußerungen in der Tat. Erzbischof Kominek selbst sah sich zu Erklärungen genötigt. Aber hier kommen wir auf ein Gebiet, das der Masse der Deutschen völlig unzugänglich blieb: zu dem fast unvorstellbaren Druck, unter den Polens katholische Kirche geriet. Nicht nur in der polnischen Presse setzte ein Diffamierungsfeldzug gegen die Kirche ein. Die Priester und Bischöfe selbst bekamen die Wut des Staates zu spüren. Heute haben wir Einblick in die entsprechenden Dokumente. Alle mit kirchlichen Dingen befassten Organe des Staa-

tes und der Partei nahmen an dieser Einschüchterungskampagne teil. Nach einem Bericht der zuständigen Abteilung der kommunistischen Parteiführung vom März 1966 geht hervor, dass praktisch alle Pfarrer und Dekane zu „Gesprächen“ vorgeladen wurden. Immer ging es dabei um ihre Haltung zur bischöflichen Botschaft. Und es wurde genau Buch geführt. Von den verhörten Pfarrern und Pfarrverwesern – 4.560 an der Zahl – hätten sich 2.416 kritisch ausgesprochen; 1.130 hätten ausweichend reagiert; „negativ“ – für die Botschaft – hätten sich 1.014 geäußert. Dieses Ergebnis vom Frühjahr 1966 zeigt nicht nur, wie sehr der Staat die Priester einschüchterte. Es beweist auch, welch große Verwirrung in den Köpfen nicht weniger Geistlicher herrschte. Wie wenig der Boden für diese Botschaft in der Gesellschaft bereitet war, wird aus folgendem Beispiel deutlich: Als ein polnischer Priester am Tage nach Bekanntwerden der Botschaft den Religionsunterricht für eine Gruppe älterer Schüler beginnen wollte, da scholl es ihm laut entgegen „Jetzt haben unsere Bischöfe voll durchgedreht.“

Diejenigen Priester, die sich in den „Gesprächen“ mit den Staatsvertretern positiv zur Botschaft äußerten, hatten die Folgen dafür zu tragen. Im genannten Dokument der Parteiführung heißt es dazu: Die Betroffenen sollten mit „administrativen Strafrepressionen“ bedacht werden.¹

Vor dieser Druckkulisse führte die Staatsmacht am 5. Februar 1966 ein „warnendes Gespräch“ mit Erzbischof Kominek in Breslau. In seinem Bericht schreibt der Vorsitzende des Präsidiums des Breslauer Wojwodschafts-Nationalrates, Ostapczuk, Kominek habe auf Vorwürfe im Zusammenhang mit der Botschaft geäußert: „Ich führe keine Diskussion über die mir vorgelegte Bewertung der Botschaft. Dieses Dokument hat religiösen Charakter und ist kein politisches Dokument ... Ich weiß, worum es den führenden Stellen in Polen geht. Das Ziel der Maßnahmen in Polen vor dem Hintergrund der Botschaft lässt sich in den Punkten zusammenfassen: 1. Es geht darum, den hohen Rang des (bevorstehenden) Millenniums zu verringern. 2. Es geht darum, die Papstreise nach Polen unmöglich zu machen. 3. Es geht darum, die Bischöfe gegeneinander auszuspielen.“²

Polens Bischöfe gingen ein hohes Risiko ein – am Vorabend des 1000.

¹ Tajne dokumenty. Państwo – Kościół. 1960 – 1980. London 1996, S. 206 ff.

² Peter Raina: Kardinal Wyszyński. Orędzie biskupów a reakcja władz. Warschau 1995, S. 145 ff.

Jahrestages der Christianisierung Polens wagten sie es, eine Initiative zu starten, die nicht nur nationale, sondern internationale Wirkungen hatte. Dem offiziellen Moskau, Warschau und Ost-Berlin war nicht daran gelegen, Schritte von außenpolitischer Dimension der befeindeten katholischen Kirche zu überlassen. Es war von bischöflicher Seite ein Kraftakt, der eigentlich nur durch übernatürliche Hilfe zu bestehen war. Und die Kirche siegte, denn innerhalb eines Jahres schlug die Stimmung um, und die Masse der Gläubigen in Polen folgte auch auf diesem Gebiet ihren Oberhirten.

Die Antwort der deutschen Bischöfe auf die Botschaft fiel verhältnismäßig knapp aus. Natürlich ergriffen die deutschen Oberhirten gern die dargebotenen Hände zur Versöhnung, aber sie verzichteten zum Beispiel darauf, den ganzen Katalog polnisch-deutscher Schwierigkeiten „abzuarbeiten“. Mut bewiesen die Bischöfe in der DDR. Für ihre aktive Beteiligung am Briefwechsel wurden sie von ihrer Staatsführung massiv bedrängt. In Polen aber – und nicht nur dort – wurde das Schreiben der deutschen Bischöfe als nicht befriedigend angesehen.

Die achtziger Jahre

Die sich verschärfende Versorgungskrise in unserem Nachbarland Anfang der 80er Jahre, der Aufstieg der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“, das Aufbegehren der polnischen Bevölkerung gegen die kommunistische Diktatur – all das fand ein Echo bei den deutschen Katholiken. Die Folge davon: eine große Welle der Hilfsbereitschaft, massenweise Paketsendungen nach Polen, Bekundungen der Solidarität.

Das Gespräch zwischen beiden Ortskirchen – in Deutschland und Polen – wurde nie abgebrochen, fand aber doch eher hinter verschlossenen Türen statt, wenn es um heikle Fragen ging. Nach außen wurde das Bild der Harmonie vermittelt. Trotzdem gab es „frostige Einbrüche“ im Jahre 1984. Im August dieses Jahres hatte Kardinal Glemp in Tschestochau Negatives über die deutsche Minderheit in Polen geäußert, und die darauf folgende Fuldaer Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz verärgerte die polnischen Oberhirten. Ende 1985 trafen sich – zum 20. Jahrestag der Versöhnungsbotschaft – polnische und deutsche Bischöfe in Rom. Wer manchen dort geäußerten Satz liest, wird den kühlen Ton bemerken. Auf nichtkirchlicher Seite kam Bewegung in den deutsch-polnischen Verständigungsprozess. 1981 veröffentlichte der

Regimekritiker Jan Józef Lipski seinen berühmten Essay „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“. Er erklärte darin: „... Hass gegen alles Fremde, nationaler Egoismus, lassen sich nicht mit dem christlichen Gebot der Nächstenliebe vereinbaren.“ Er nannte die Botschaft von 1965 die „kühnste und weitsichtigste Tat in Polens Nachkriegsgeschichte“. Lipski äußerte, es gebe das Problem „auch unserer Schuld gegenüber den Deutschen“, wenngleich dies verständlicherweise „in Polen ... nicht ertragen wird“. Denn: „Die Proportionen sind auffallend ungleich.“ Eine so mutige Stellungnahme wie die von Lipski wurde gern in Deutschland gehört, auch bei den Vertriebenenverbänden. Leider wurde auch versucht, diesen Text politisch auszuschlachten.

Mit fortschreitender Erosion der kommunistischen Diktatur in Polen wurde in polnischen Oppositionskreisen immer mehr die „deutsche Frage“ ventiliert. Im Gegensatz zu den Deutschen dachten oppositionelle Polen gar nicht daran, die Einheit Deutschlands abzuschreiben. Wenn man nach einer Polenreise diese Gedanken in der Heimat weitergab, stieß man meist auf Kopfschütteln: „Die spinnen, die Polen ...!“

Ein Beispiel dafür, dass viele Polen weiter dachten und die Einheitsfrage im Zusammenhang mit dem Grenzproblem sahen, ist ein Text, den die polnische Intellektuellengruppe PPN im Februar 1980 veröffentlichte.³ Einerseits forderten die Verfasser die deutschen Politiker auf, damit aufzuhören, „das eigene Volk mit den Visionen einer Rückkehr zu den Grenzen von 1937 zu täuschen“. Andererseits boten sie an, den Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung zu unterstützen und die Minderheitenrechte auch der Deutschen in Polen zu garantieren. Hier wurde nicht nur über Versöhnung geredet, hier wurden konkrete Angebote gemacht, die natürlich an den Nerv gingen: die Grenzfrage wurde nicht ausgeblendet. Als ich über dieses interessante Papier bei einer Sitzung in Bonn referierte, attackierte mich ein sehr hochrangiger Vertriebenenpolitiker. Später äußerte er, die Polen würden in der Grenzfrage mit sich handeln lassen, wenn sie unsere „Pinke“ brauchten – also, wenn es ihnen noch schlechter gehe.

Anfang 1989 trafen sich Interessierte um das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und namhafte Vertreter der katholischen Opposition in Polen, um zum bevorstehenden 50. Jahrestag des Kriegsbeginns einen gemeinsamen Text zu erarbeiten. Er wurde im Sommer 1989

³ PPN Nr. 38.

veröffentlicht. In dieser „Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989“ ist von den Millionen Opfern in Polen die Rede, „denen im deutschen Namen und von Deutschen das Leben geraubt, denen Gesundheit und Lebensglück genommen worden ist oder die in bitteres Elend gestoßen worden sind.“ Zugleich wird daran erinnert, dass die „Feindschaft zurückschlug, als die Waffen schwiegen. Nun wurden Menschen oft verfolgt, nur weil sie Deutsche waren. Das Leid von Millionen Deutschen ... weckt bei Polen und Deutschen Trauer und Mitgefühl.“

Die Unterzeichner treten dafür ein, „dass die Westgrenze Polens dauerhaften Bestand hat“, zugleich fordern sie Rechte auch für die Minderheiten und dafür, „dass das deutsche Volk ... das Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen“ könne.

Hier wurde klargemacht, dass man die Grenzfrage nicht dauernd in der Schwebe halten könne, dass es unverantwortlich wäre, die Illusion von einer Rückkehr der deutschen Ostgebiete zu pflegen. Das führte zu harten Reaktionen bei Leuten, die diese trügerischen Hoffnungen aufrecht erhalten wollten. Es ist bekannt, dass Unterzeichner per Telefon oder schriftlich beschimpft wurden. Der Mitarbeiter einer katholischen Institution erhielt nach seiner Unterschrift unter die „Erklärung“ eine seine berufliche Zukunft gefährdende Abmahnung, gegen die er sich vor dem Arbeitsgericht wehren musste; diese Abmahnung nahm Bezug auf das Drängen eines deutschen Weihbischofs.

Wie illusionär die von solchen Personen genährten Hoffnungen waren, zeigt die weitere Entwicklung. Schon einige Monate später wurde ein polnischer Erstunterzeichner der deutsch-polnischen Erklärung, Mieczysław Pszon, zum „Bevollmächtigten für die Kontakte mit der Bundesrepublik Deutschland“ ernannt. Er war maßgeblich an der Ausarbeitung der späteren deutsch-polnischen Verträge beteiligt. Später schrieb Pszon, dass die „Erklärung“ auf großes Interesse der Deutschen gestoßen sei. Bundeskanzler Kohl habe sich in einer Ansprache zum Jahrestag des Kriegsausbruchs auf sie berufen ... Schließlich äußerte er: „Heute und in Zukunft gibt es keinen polnisch-deutschen Streit um Grenzen, und es gibt keine rechtliche Prämissen dafür, daß er je aufleben sollte.“⁴

Die Grenzfrage ist also gelöst. Damit zusammenhängende Illusionen

⁴ Apokryf. Beilage zum „Tygodnik Powszechny“, September 1994.

und Befürchtungen sind zerstoßen. Zum 40. Jahrestag der Botschaft einigten sich polnische und deutsche Bischöfe erneut auf den Text einer Gemeinsamen Erklärung. Und doch ist dies nicht das ganze Bild!

Wenn es heute um deutsch-polnische Schwierigkeiten geht, dann handelt es sich meist um Probleme polnischer „Scheinselbstständiger“, die Deutschen die „Arbeit wegnehmen“; um die Einstellung zur amerikanischen Politik im Irak; um mehr oder weniger Geld aus der Kasse der EU. Aber im Untergrund glimmen noch immer die alten Vorurteile. Sie können aufbrechen und die Beziehungen erneut komplizieren.

Ein Lehrbeispiel, wie es nicht sein sollte, ist der Streit um das Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“. Die Heftigkeit mancher polnischer Äußerungen dazu hat erstaunt, sogar verletzt. Andererseits habe ich Verständnis dafür, wenn Polen gegenüber manchen Vertriebenenführern Befürchtungen hegen. Ich lernte verantwortungsbewusste Vertriebenenpolitiker kennen. Sie litten unter dem Trauma der Vertreibung, die Fürsorge um die Vertriebenen trieb sie um. Doch sie konnten zuhören, waren nicht vom Hass zerfressen. Aber es gab auch die „Hardliner“ ... es gibt sie noch immer. Andererseits finden wir unter den Befürwortern des geplanten „Zentrums gegen Vertreibungen“ honorige Leute, denen man keinerlei schlechte Absicht unterstellen sollte.

* * *

Wenn ich heute an Deutschland und Polen denke, dann frage ich mich, was mit dem „Zentrum“ bezweckt ist. Geht es um Vermittlung von Information über das Unrecht an Polen und Deutschen, oder geht es eher darum, den anderen an den Pranger zu stellen? Handelt es sich um Wissensweitergabe, dann wäre der Sache besser gedient, wenn die Arbeitsergebnisse deutscher und polnischer Wissenschaftler mehr zum Allgemeinut würden. Vor fünf Jahren erschien der erste Band des Werkes „Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven.“ In polnischen und deutschen Printmedien erschienen (wenn überhaupt) meist nur kurze Notizen darüber. Wenn es gelänge, solche wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse – über Schule und Medien – einem größeren Kreis in Polen zu vermitteln, so hätte man mehr für die Kenntnis über den jeweils anderen getan als mit Hilfe eines Zentrums in Berlin. Ich persönlich habe ohnehin meine Zweifel, ob es viel Sinn hat, Scharen eher gelangweilter Schüler durch Erinnerungsstätten zu schleusen.